



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Andreas Schalk, Dr. Stefan Ebner, Martina Gießübel, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Dr. Harald Schwartz, Karl Straub, Steffen Vogel, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU)

1.000 Euro Bürgergeld-Prämie – Nein zur Anschubfinanzierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Entschluss einer 1.000 Euro-Prämie für Langzeitarbeitslose, welche eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit finden und ein Jahr lang ausüben, revidiert wird.

Begründung:

Der Bund hat Änderungen bei den Regeln für Bürgergeldempfänger vorgenommen, in denen die Anschubfinanzierung beschlossen wurde. Langzeitarbeitslose, die mehr als zwölf Monate in einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit beschäftigt sind, sollen einmalig 1 000 Euro erhalten können.

Mit dieser Prämie zeigt die Ampel, dass die Anreize an sich eines Wechsels vom leistungsfeindlichen Bürgergeld in die Arbeit nicht ausreichend sind. Es ist ein weiteres Indiz, wie desolat das Bürgergeld aufgestellt ist, wenn politisch ständig daran justiert werden muss.

Mit dieser vorgeschlagenen Prämie wird nicht nur finanziell eine Bürde aufgebaut, sondern sie ist auch ein Schlag in das Gesicht der arbeitenden Bevölkerung. Denn sie sind diejenigen, die jeden Tag arbeiten gehen und mit ihren Steuern und Abgaben das Sozialsystem überhaupt erst ermöglichen. Die arbeitenden Bürger haben einen Anspruch darauf, vom Verdienst ihrer Arbeit zu profitieren. Es braucht Anreize, die zeigen, dass sich Mehrarbeit lohnt. Diese Mehrarbeit und die sich hieraus ergebene Steuerlast darf nicht auf jene Menschen umgelagert werden, welche sich die Mühe machen, schnellstmöglich einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen.

Anstatt Prämien und anderen Verzweiflungsmaßnahmen, müssen die Anreize des Bürgergeldes beseitigt werden, da sonst Arbeit und Fleiß weiterhin finanziell schlichtweg unattraktiv bleiben.